



Immer mehr Menschen gehen in den wohlverdienten Ruhestand – wodurch Arbeitskraft und Knowhow verloren gehen. Die Politik muss handeln.

Foto: dpa

Zeitbombe Demografie

Die Alterung der Gesellschaft erfordert ein radikales Umdenken in der Wirtschaftspolitik **VON STEFAN ROCHOW**

Die immer wieder geführten Diskussionen um Klimawandel und Corona-Krise haben ein wichtiges Thema in den Hintergrund gerückt. Hier liegt aber der größte Sprengstoff für Wirtschaft und Wohlstand: die rasante Alterung unserer Gesellschaft. Gerade erst hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) eine Studie vorgelegt, die aufhorchen lässt.

Baby-Boomer bald geschlossen im Ruhestand

Im Jahr 2030 wird die Zahl der 20- bis 64-jährigen Menschen in Deutschland im Vergleich zu 2020 rund elf Prozent niedriger sein. Im Hinblick auf den zunehmenden Fachkräftemangel ist die Zahl alarmierend. Viele Menschen, die in den kommenden Jahren in Rente gehen werden, allen voran die Generation der Baby-Boomer, können dann nicht mehr durch Nachwuchskräfte ersetzt werden.

Die Antwort des IW auf diese Entwicklung lautet: in großem Maße Zuwanderer gewinnen. Das ist jedoch zu kurz gedacht. Bisherige Erfahrungen zeigen, wie schwierig sich der Integrationsprozess gestaltet. So veröffentlichte die Bundesagentur für Arbeit im Juli eine Studie, die Aussagen darüber trifft, inwieweit Zuwanderer in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selber zu bestreiten. Das Ergebnis ist ernüchternd: Gerade bei der Bevölkerungsgruppe der Syrer, von der viele Menschen vor allem im Jahr 2015 als Asylbewerber nach Deutschland kamen, erschrecken die Zahlen – fast zwei Drittel aller erwerbsfähigen Syrer lebt ganz oder teilweise von Hartz IV. Mit 65 Prozent war der Anteil der Beziehler staatlicher Unterstützung unter Zuwanderern aus Syrien im März dieses Jahres deutlich höher

als unter Ausländern aus anderen Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern wie etwa Somalia oder Afghanistan. Und wie aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit weiter hervorgeht, bezogen 37,1 Prozent der Somalier im erwerbsfähigen Alter im gleichen Zeitraum Hartz-IV-Leistungen. Unter den Afghanen lag der Anteil bei 43,7 Prozent. Die Studie der Arbeitsagentur erklärt den relativ hohen Anteil von Leistungsempfängern unter anderem mit oft fehlenden formalen Qualifikationen von Geflüchteten sowie der Beschäftigung in Bereichen mit „Entlohnung im unteren Entgeltbereich“.

Ganz so leicht tut sich unser Land also dann doch nicht mit der Integration der vor gut sechs Jahren zugewanderten Menschen. Möchte man mit Zuwanderung dem demographischen Wandel entgegenwirken, dann kann es nicht nur um Argumente gehen, die sich ausschließlich auf die Anzahl beziehen. Vielmehr müssen stärker als bisher die Fähigkeiten der zugewanderten Menschen in den Fokus gerückt werden. Länder wie Kanada oder Australien können hier gut als Vorbild dienen: Fachkräfte werden dort tatsächlich angeworben, indem eine entsprechende Plattform etabliert wurde, die weltweit für interessierte Fachkräfte zur Verfügung steht. Auf dieser wird genau erklärt, wie Zuwanderung geregelt ist und in welchen Branchen Fachkräfte gesucht werden. Außerdem werden dort Jobangebote gemacht und die Menschen darauf vorbereitet, was sie im Einwanderungsland erwartet, indem zum Beispiel Sprachkurse schon in den Herkunftsländern vermittelt werden. Davon ist Deutschland im Moment aber noch weit entfernt.

Es gibt aber auch einen weiteren Aspekt: Statt sich auf die weitere Einwanderung von

Fachkräften zu konzentrieren, sollte sich der Fokus auf die bereits hier lebenden Menschen richten. Das heißt, erstens, eine Großoffensive zur Qualifizierung der Geflüchteten, leichtere Anerkennung von schulischer und betrieblicher Ausbildung, der Aufbau eines Mentorsystems, in dem Einheimische bei Behördengängen oder Bewerbungen behilflich sind. Einwanderung in die Sozialsysteme kann keine Lösung für die Überalterung unserer Gesellschaft sein.

Digitalisierung und Kompetenzen stärken

In der Zukunftsdebatte darf man auch die Veränderungen der Arbeitswelt durch Digitalisierung, Automatisierung und KI, also Künstliche Intelligenz, nicht vergessen. In den kommenden Jahren wird sich in der hiesigen Arbeitswelt viel verändern. Hierarchien werden flacher, Erwerbsformen flexibler und mobiler; langsam löst sich zudem dank Remote Work und Home Office Arbeit von der Präsenzpfllicht vor Ort. Corona hat sich hier auch noch einmal als Antreiber erwiesen. Hinzu kommt, dass vor allem einfache Tätigkeiten, für die es nur eine geringe Qualifikation braucht, schon heute im Umbruch sind. Roboter und Computer ersetzen immer mehr solche Tätigkeiten, die extrem monoton sind und ungern von Menschen erledigt werden möchten.

Jedoch: Wo es bislang keinen technischen Ersatz gibt, werden Tätigkeiten, die von Geringqualifizierten erledigt werden, schon heute schlecht bezahlt. Das Problem wird noch verstärkt, weil Deutschlands Niedriglohntsektor außergewöhnlich groß ist: Jeder fünfte Beschäftigte (rund 20 Prozent) arbeitet auf Mindestlohniveau oder

verdient nur geringfügig mehr.

In den skandinavischen Ländern, den Niederlanden oder Frankreich ist die Quote nur halb so hoch. Klar ist: Diese Menschen lassen sich nicht einfach in qualifizierte Tätigkeiten einbinden. Vielmehr müssen sie durch Fortbildungen und lebenslanges Lernen in den Arbeitsmarkt der Zukunft eingliedert werden.

Hierfür ist ein Ausbau der Digitalisierung nötig. Doch für Deutschland besteht gegenwärtig die Gefahr, dass es bei der Digitalisierung international den Anschluss verliert. Eine Studie des European Center for Digital Competitiveness in Berlin aus dem September bescheinigt: Deutschland fällt im technologischen Wettrennen weiter zurück. Demnach ist unser Land im internationalen Vergleich zum zweiten Mal in Folge auf dem vorletzten Platz der G7-Staaten gelandet. Zieht man den Kreis noch etwas größer, steht Deutschland auch unter den 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländern weit abgeschlagen an drittlezter Stelle. Länder wie Frankreich und Italien haben sich noch einmal verbessert und finden sich auf 9 sowie Platz 8. China, Brasilien, Argentinien und sogar die Türkei oder Indonesien liegen im Spitzenbereich und damit weit vor Deutschland.

Schon die Corona-Pandemie hat große Schwächen offengelegt, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung. So waren die Gesundheitsämter oft überfordert und setzten eher auf Faxgeräte als auf moderne Kommunikationsmittel, um Infektionsketten zu verfolgen. Noch größer aber ist das Versagen des Staates zu bewerten, wenn es darum geht, der Jugend digitale Kompetenzen zu vermitteln. Deutschland muss sich bewegen, wenn es zukunftsfähig sein möchte – viel Arbeit für die Ampel-Koalition.

KOLUMNE

Soziallehre auf zwei Beinen

VON LARS SCHÄFERS

Die 20er Jahre des 21. Jahrhunderts werden ein Jahrzehnt, in dem nicht wenige Weichen für die Zukunft gestellt werden müssen. In Deutschland wird hierfür erstmalig eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen zuständig sein. Christen sind zu Recht skeptisch angesichts mancher Vorhaben dieses Parteientrios.

Die aktuelle selbstverschuldete Glaubwürdigkeitskrise aber schwächt die kritische Stimme der Kirche in der Öffentlichkeit. Ist der Ruf der katholischen Kirche angeschlagen, wird die christliche Ethik der Nächstenliebe indes auch in der heutigen Gesellschaft von vielen Nichtchristen nach wie vor hochgeschätzt.

Christliche Nächstenliebe aber greift auch aus auf die Frage nach einer gerechten Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Christlicher Glaube hat eine genuin soziale und politische Dimension.

Und von daher ist es trotz widriger Umstände unerlässlich, dass Christen sich einmischen und der Politik der Ampel kritisch-konstruktiv widersprechen, wo immer es nötig ist.

Mit ihrer Soziallehre macht die Kirche dafür ein bleibend aktuelles Orientierungsangebot. Sie hat damit einen sozial-ethischen Schatz, den sie nicht verstecken sollte: Als offenes Lehrgefüge bietet die katholische Soziallehre einen Fundus an orientierenden Werten und Prinzipien an. Oberster Maßstab ist die menschliche Person in ihrer Freiheit und Gottesebenbildlichkeit. Die Gesellschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt. Dem entspricht etwa das wirtschaftsethische Leitbild der freien und zugleich ökologisch-sozialen Marktwirtschaft.

Nicht minder entspricht dem die Demokratie als einzige politische Lebensform der Freiheit sowie der gesellschaftliche Pluralismus als Ausdruck dieser Freiheit. Die Soziallehre ist keine politische Ideologie und keine Blaupause für die perfekte Gesellschaft, die es jenseits von Eden nie geben wird.

Sie sucht vielmehr die hinter den politischen Sachfragen liegenden Orientierungsfragen zu beantworten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Prinzipienethik katholischer Soziallehre bedarf der Ergänzung durch eine Tugendethik demokratischer Sittlichkeit: Nicht nur für Politiker, auch für uns Staatsbürger sollte dementsprechend gelten, das Gemeinwohl vor den eigenen Interessen zu sehen, Kompromisse zu akzeptieren, und den Respekt vor Andersdenkenden und Anderslebenden zu wahren; bei gleichzeitigem Mut zur Kontrolle in den politischen Sachfragen. Gerade die Laien sind mit ihrem Weltcharakter berufen, nicht passiv-kulturpessimistisch zu klagen, sondern kraft Taufe und Firmung in solidarischer Zeitgenossenschaft die Bundesrepublik der 2020er mitzugestalten und dadurch „Soziallehre auf zwei Beinen“ (so Papst Franziskus in seinem Vorwort zum Sozialkatechismus DO-CAT) zu werden.

Soziallehre ohne Sozialkatholizismus im Sinne politisch und sozial engagierter Christen wäre hingegen eine tote Lehre.



Der Autor ist Wissenschaftlicher Referent der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ)

Foto: Privat

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach.

Mikrochips – ein Kriegsgrund?

Die Ankündigung von US-Präsident Joe Biden, Taiwan zu schützen, liegt auch an TSMC. **VON STEFAN AHRENS**

Egal ob Computer, Handys, Autos, Fernseher oder Kühlschränke: Sie alle benötigen Mikrochips, um zu funktionieren. Doch die sind gegenwärtig Mangelware, weswegen weltweit viele Schlüsselindustrien unter massiven Lieferengpässen leiden.

Die Gründe für den globalen Chipmangel sind vielfältig: So stand auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie die Autoproduktion zeitweise still, daraufhin wurden Halbleiter-Bestellungen reduziert oder ganz storniert. Gleichzeitig wurde für Unterhal-

tungselektronik wie die Playstation 5 oder Smart-TV-Geräte mehr Chips geordert, da diese in der Pandemie besonders nachgefragt waren.

Nun fehlen die Halbleiter in der Automobilindustrie – zwar sind neue bestellt, aber die Chip-Fabriken kommen mit der Produktion nur schwer hinterher, da in der Unterhaltungsindustrie die Chipnachfrage mitnichten gesunken ist und auch in immer mehr IT-untypischen Industriezweigen Chips zum Einsatz kommen, wie beispiels-

weise in der Medizintechnik. So hat sich aus dieser Gemengelage in negativer Hinsicht ein „perfekter Sturm“ zusammengebraut, der noch bis Mitte 2022 andauern wird.

Als ungekrönter weltweiter Chip-König gilt übrigens ein taiwanesisches Unternehmen: der 1987 aus der Taufe gehobene Konzern TSMC. Der Technologieführer hat in der Auftragsfertigung einen Marktanteil von 55 Prozent, produziert für viele Branchen und gilt damit in der Chipkrise als systemrelevant für die Weltwirtschaft – und

noch dazu für Taiwans Sicherheit. Vor allem, seitdem TSMC Chinas Tencent als wertvollstes asiatisches Unternehmen abgelöst hat.

Dies könnte Begehrlichkeiten im „Reich der Mitte“ wecken – gerade weil die Festlands-chinesische Chip- und Halbleiterindustrie ganze fünf Jahre gegenüber TSMC zurückliegen soll. Dem hofft US-Präsident Joe Biden mit seiner Ankündigung, Taiwan notfalls gegenüber China zu verteidigen, einen Riegel vorzuschieben.